Pressemitteilung vom 30.10.2025
Initiative Golßen für Alle – Bündnis Buntespreewald

Demokratie unter Druck: Hintergründe zur Einwohnerbefragung in Golßen

- **Am Sonntag (02.11.) findet in Golßen die Einwohnerbefragung zur möglichen Rückgabe der Spende von Dr. Hans-Christoph Berndt (AfD) statt.Teilnahmeberechtigt sind auch Nicht-EU-Bürger.**
- **Die Initiative *Golßen für Alle* wird am Tag der Befragung mit Wahlhelfenden und Beobachtern vor Ort sein.**
- **Die Initiative kritisiert das Vorgehen der Bürgermeisterin, des Amtsdirektors, der UBL und der AfD rund um die Befragung sowie den Umgang mit legitimem politischen Protest aus der Zivilgesellschaft.**

Die Initiative *Golßen für Alle* ruft alle Einwohner von Golßen dazu auf, bei der Befragung am Sonntag mit „Ja“ für eine Rückgabe der Spende an den Rechtsextremisten Berndt zu stimmen und ein Zeichen für Transparenz und Demokratie zu setzen.

Bürgermeisterin erweckt den Eindruck manipulativ vorzugehen

Mehrere Ungereimtheiten fallen in der Stadtverordnetenversammlung vom 29.9. und danach auf:

1. In der Sitzung stimmten die Stadtverordneten über die Beschlussvorlage der Fraktion Gemeinsam für Golßen (GfG) über die Rückgabe der Spende ab. Die Kommunalaufsicht hatte im Vorfeld der Sitzung Berndts Befangenheit festgestellt. Eine entsprechende Mitteilung lag der Fraktion GfG und dem Amtsdirektor vor, worüber in der SVV informiert wurde. Trotzdem stimmte Berndt mit ab. Die Bürgermeisterin ignorierte die diesbezüglichen Einwände der GfG-Fraktion. Der Amtsdirektor des Amts Unterspreewald griff nicht ein, auch eine nachträgliche Rüge unterblieb. Sich selbst erklärte die Bürgermeisterin hingegen für befangen. Dadurch ergab sich ein Patt von 8:8 Stimmen und eine Mehrheit für die Spendenrückgabe kam nicht zustande. Inzwischen ist Berndt als SVV-Mitglied zurückgetreten. An seine Stelle rückt Matthias Gregur (AfD), sodass bei einer erneuten Abstimmung mutmaßlich wieder keine Mehrheit für die Rückgabe der Spende erreicht wird.

2. Des weiteren stimmten die Stadtverordneten über die Beschlussvorlage der UBL-Fraktion über die Durchführung der Einwohnerbefragung ab. Das Quorum für die Befragung von ursprünglich 25% wurde im letzten Moment vor der Abstimmung auf 15% abgesenkt, ohne Nennung von Gründen von Seiten der einreichenden UBL-Fraktion. Weder die Bürgermeisterin noch die UBL machten die abstimmenden SVV-Mitglieder auf dieses kurzfristig veränderte Detail aufmerksam.

3. In ihrer Information an die Bürgerinnen und Bürger zur Einwohnerbefragung unterschlägt die Bürgermeisterin, dass Berndt ein Rechtsextremist ist und dass die Initiative *Golßen für Alle* bis zu 3000 Euro als Ablösesumme für die Spende zur Verfügung stellt.

Absurdität der Befragung als solche

Die Initiative begrüßt grundsätzlich die direkte Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am demokratischen Prozess. Der Sinn der Befragung am Sonntag ist aber fraglich. Eine Richtlinie zum Umgang mit Spenden ist ohnehin in Vorbereitung, was die Einwohnerbefragung ad absurdum führt. Die Bürgermeisterin hatte wiederholt argumentiert, eine Rückgabe der Spende sei ohne Richtlinie nicht möglich. Das ist falsch: Es besteht keine juristische Pflicht zur Annahme einer Spende. Im Gegen-

teil stellt sich die Frage, ob unter den gegebenen Umständen nicht sogar eine Pflicht zur Ablehnung der Spende bestanden hätte. In jedem Fall hätte eine Absprache mit der Stadtverordnetenversammlung erfolgen sollen, statt eigenmächtig Fakten zu schaffen und den Stadtfestflyer mit den Sponsoren in Umlauf zu bringen.

Zivilgesellschaft wird bedroht, eingeschüchtert und diskreditiert

Mit der Demonstration im August haben Bürgerinnen und Bürger ihre Besorgnis über die Normalisierung von Rechtsextremismus zum Ausdruck gebracht und ihr Grundrecht der Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit ausgeübt. Die Bürgermeisterin, UBL und AfD werfen der Initiative *Golßen für Alle* mehrfach eine angebliche Spaltung der Stadtgesellschaft vor. Damit stellen sie demokratischen Protest als illegitim dar. Einen Bürger der Initiative, der die anderen Sponsoren des Stadtfestes angeschrieben und um ihre Stellungnahme gebeten hatte, versuchte die Bürgermeisterin durch Androhung juristischer Konsequenzen einzuschüchtern. Zudem werden wissentlich Falschbehauptungen verbreitet. Die Bürgermeisterin und die UBL bezeichnen die Initiative *Golßen für Alle* immer wieder als „Luckauer Initiative“, obwohl 10 der 16 Unterzeichner des Briefs an die Golßener Bürger selbst aus Golßen stammen. Auch der SVV-Fraktion Gemeinsam für Golßen, die sich gegen die Spende von Berndt positioniert, wirft die Bürgermeisterin Spaltung vor und droht mit angeblichen strafrechtlichen Konsequenzen.

Pressekontakt:
Dr. Jessica Haß
golssen-fuer-alle@bunterspreewald.de
https://bunterspreewald.de/golssen-fuer-alle

*Das überparteiliche **Bündnis Bunterspreewald** ist ein Zusammenschluss von politisch interessierten Menschen aus der erweiterten Spreewaldregion, die aktiv und ehrenamtlich das demokratische Miteinander in die Öffentlichkeit bringen wollen. Wir möchten Menschen vernetzen, demokratische Ideen entwickeln und sie praktisch in die Welt tragen. Unser Ziel ist es, andere mit unserer Überzeugung und unserem Engagement anzustecken. Gemeinsam führen wir vielfältige, wirkungsvolle Aktionen durch, die Haltung zeigen. Wir setzen uns aktiv für Antifaschismus ein, wollen demokratische Werte stärken und Desinformation entgegenwirken.*

*Die **Initiative Golßen für Alle** hat sich aus dem Bündnis Bunter Spreewald heraus anlässlich des Protests gegen die Spenden für das Golßener Stadtfest aus dem rechtsextremistischen Umfeld formiert. Sie wird von engagierten Bürger*innen aus Golßen und Umgebung getragen, die sich eine tolerante Stadt, frei von rechter Hetze, wünschen.*